

424/J XXI.GP

ANFRAGE

Der Abgeordneten Heidrun Silhavy und Genossinnen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
Dr. Martin Bartenstein
betreffend Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung

Wie aus Ihren parlamentarischen Ausführungen in der aktuellen Stunde vom 1. März 2000 zu entnehmen war, finden die Menschen in Österreich dank der erfolgreichen Arbeit der Bundesregierung Klima eine günstige Arbeitsmarktsituation vor. Insbesondere haben die Bemühungen von Frau Bundesministerin Eleonore Hostasch im Jahre 1999 einen großen Rückgang in der Arbeitslosenrate bewirkt.

Das Regierungsübereinkommen lässt jedoch eine Abkehr von dieser, für die Menschen unseres Landes, erfolgreichen Politik befürchten.

Aus diesem Grund stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende

Anfrage:

- 1.) Beabsichtigen Sie mit der Umwandlung des Arbeitsmarktservice in eine „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ die uneingeschränkte Privatisierung dieser Einrichtung?
- 2.) Sollen durch die Konstruktion einer GesmbH Sozialpartnerschaftsstrukturen unterlaufen werden?
- 3.) Mit welcher Eigenkapitaldecke soll diese neue GesmbH ausgestattet werden?
- 4.) Wie wird sich diese neue Konstruktion auf regionaler Ebene auswirken?
- 5.) Welche arbeits - und sozialrechtlichen Konsequenzen werden die Beschäftigten des Arbeitsmarktservice zu erwarten haben?
 - a) im Falle eines bestehenden Beamtenstellenverhältnisses?
 - b) im Falle eines bestehenden Angestelltstellenverhältnisses?
 - c) im Falle eines Neueintritts?
- 6.) Wie stehen Sie zu den von den Behindertenverbänden formulierten Ängsten hinsichtlich der geplanten Leistungshonorierung bei gelungenen Vermittlungen, und zwar sind dies:
 - a) die dramatische Benachteiligung der Chancen von Menschen mit Behinderung,
 - b) eine Bevorzugung von Personengruppen mit denen rasch Prämien verdient werden können,
- 7.) Gerade Menschen mit Behinderung gehören oftmals zu den Langzeitarbeitslosen; wollen Sie diese Menschen ebenfalls zu Zwangarbeit in Form der sanktionsbedrohten Beschäftigung verpflichten?